Fragen zur Sozialausschusssitzung 09.05.2017

Frau Brand von der CDU hat in der letzten Sitzung des Ausschusses dem Vorschlag der SPD, die Elternbeiträge auf 35% zu senken, entgegengesetzt, dass die CDU den entsprechenden Anteil des Haushaltsüberschusses 2017 in die Qualität der Kinderbetreuung investieren will.

Welche konkreten Verbesserungen sind angedacht und wann sollen diese umgesetzt werden?

Wird das Thema über die Erhöhung des Personalschlüssels als Grundlage einer bedarfsgerechten und zuverlässigen Kinderbetreuung dabei berücksichtigt?

Der Finanzmittelbedarf für die Kinderbetreuung wird nicht mehr nach den tatsächlichen Kosten des Vorjahres bemessen, es wird nun eine Kalkulation vorausschauend auf das kommende Jahr zu Grunde gelegt. Somit werden auch geplante Aufwendungen eingerechnet, welche womöglich keine Umsetzung finden wie z.B. vakante Stellen im Personalbereich. Was wird mit dem daraus resultierenden Überschuss an Finanzmitteln gemacht? Erfolgt ein zweckgebundener Übertrag ins Folge Jahr (Kosten entsprechend)?

Seit wann ist konkret bekannt, dass die ursprünglich geplanten Vorhaben (Neubauten Kitas, Beauftragung Architekt etc.) nicht umgesetzt werden können? Was wurde dann genau wann unternommen, um alternative Vorhaben schnellstmöglich zu realisieren?

Die Kita Gartenholz steht aufgrund der von den Behörden festgestellten Beschränkungen nicht mehr als „Übergangslösung“ für das Haus der Kirche zur Verfügung. Welche Alternativen gibt es und wie kann eine Lösung für die 40 Kinder/Eltern aussehen?
Wer trägt die daraus resultierenden Mehrkosten?

Wie viele Elementar-Plätze / Krippen-Plätze fehlen zum 01.08.2017?

Seit wann ist diese Zahl bekannt und wie sehen die Prognosen für die kommenden Jahre aus?

Und was wurde seitdem konkret unternommen, um die Betreuungsplätze zu schaffen?

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diesem Trend (mangelnde Kita-Plätze) entgegenzuwirken (strategische Bedarfsplanung)?

Wie sieht die Planung der Hort-Plätze aus? Ist zu erwarten, dass in den kommenden Jahren auch hier mehr Plätze zur Verfügung gestellt werden müssen (analog dazu die oben genannten Fragen)?

Welche Maßnahmen sind angedacht und wie ist der Zeitplan?

Fragen und Antworten EWO am 08.05.2017

Absatz 1 / Frage 1 und 2

Der Sozialausschuss wird sich in Kürze mit dem Arbeitspapier der SPD zu den Qualitätsstandards in den Kita beschäftigen. Dazu werden vorab die Kita-Träger vom Sozialausschuss bei einer internen Veranstaltung im Juli 2017 angehört.

Über eine höhere Personalbemessung ist von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Stellenplans 2018 zu beschließen.

Absatz 2 / Frage 3

Der Elternbeitrag liegt bei 38 % des Kostendeckungsgrades. Folglich werden keine Überschüsse erwirtschaftet.

Sofern die Prüfungen der Betriebskostenabrechnungen zu einem positiven Rechnungsergebnis führen, bleiben die nicht benötigten Haushaltsmittel im Budget stehen und werden als Deckungsvorschlag für die Finanzierung von Maßnahmen im lfd. Jahr und innerhalb des Budgets benannt.

Absatz 3 / Frage 4

- Teach Beyond Deutschland plante eine 4 bis 8 gruppe Kita im Gewerbegebiet. Im Januar 2017 wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass der Träger das für den Bau vorgesehene Grundstück nicht bekommen hat.

Der Träger teilte mit, dass er weiterhin ein passendes Grundstück in Ahrensburg sucht.

- Ebenfalls im Januar 2017 wurde die 2-gruppige Krippe in der Hagener Allee vorgestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt über den Mietzins nochmals mit dem Eigentümer ins Gespräch zu gehen. Im Februar 2017 wurde die Vorlage im SOA abgelehnt. Im März 2017 wurde die Vorlage vom Bürgermeister noch einmal auf die Tagesordnung genommen und als deutlich wurde, dass sich unverändert keine Mehrheit hierfür findet zurückgezogen.

Schon seit Zeiten als der Verwaltung noch nicht bekannt war, dass diese bis zu 10 Gruppen nicht zur Umsetzung kommen, sucht die Verwaltung alternative Standorte und Möglichkeiten. Mehr dazu unter Maßnahmen Top 8.

- Die vertraglichen Verhandlungen über die Überlassung vom Haus der Kirche gestalteten sich als schwierig. Erst im Januar 2017 konnte der Mietvertrag, der in allen Punkten Übereinstimmung fand geschlossen werden. **Das Mietverhältnis begann am 01.05.2017. Zuvor durften die Umbauarbeiten nicht erfolgen.**

Zudem teilte der Architekt im März mit, dass er diese Maßnahme nicht weiter betreuen kann. Mit Unterstützung der Stadt musste das DRK als Einrichtungsträger einen neuen Architekten finden.

Inzwischen laufen die Umbauten. Der Betrieb wird nach aktuellem Stand im November 2017 aufgenommen werden können.

Absatz 4 / Frage 5

- Zur Versorgung von 10 bis 20 Elementarkindern ab dem 01.08.2017 sollte der Mehrzweckraum im Gartenholz für den Zeitraum von 2 Monaten vorübergehend als Gruppenraum genutzt werden. Eine Begehung mit der Einrichtungsleitung, Elternvertretung und Fachämtern machte deutlich, dass diese Übergangslösung im Hinblick auf die Angebote in der Kita nicht durch die Heimaufsicht des Kreises genehmigt würde. Inzwischen liegt das Schreiben des Kreises Stormarn vor. Es gibt aktuell keine Alternative.

Absatz 5-6 / Frage 6 und 7

zum 01.08.2017 (**fehlen**) bzw. **verbleiben** auf der Warteliste:

134 Krippenplätze (unbereinigt um Tagespflege und Kostenausgleich)

0 Elementarplätze

Zum 31.12.2017 verbleiben auf der Warteliste insgesamt 160 Krippenplätze (unbereinigt), und **112 Elementarplätze** (unbereinigt um Kinder, die in auswärtigen Kitas betreut sind).

Diese Zahlen werden täglich aktualisiert.

Der aktuelle Kitabedarfsplan wird im laufenden Jahr erstellt und wird hierzu die aktuellen Zahlen und Prognosen für die kommenden 2 Jahre liefern.

Ein 1. Entwurf liegt vor und wird derzeit hausintern und mit dem Kreis (Träger der öffentlichen Jugendhilfe) abgeglichen.

letzter Absatz / Frage 8

Die wachsende Nachfrage in der Hortbetreuung, bei gleichbleibend starren Vorgaben des Kindertagesstättenrechts, hat deutlich gemacht, dass das Modell Hort nicht mehr dem Betreuungsbedarf der Betroffenen und dem Koordinierungsbedarf der Schulen gerecht wird.

Vor diesem Hintergrund prüft die Stadt Ahrensburg die Überleitung aller Horte in OGS.

Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Schulen die Maßnahmen im Rahmen von Schulkonferenzen beschließen. Konkrete Planungen werden zurzeit von der GS Am Reesenbüttel in Aussicht gestellt.